Preis 30 Pfg.

Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Montag, 10. Oktober 1921

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal mit folgenden Beilagen: Sonntags: Bilder-Chronik, Unterhaltungsblatt, Sportblatt, Kraft und Stoff, Welt- und Reisen und Wandern; Dienstags: Illustriertes Sportblatt, Unterhaltungsblatt, Mittwochs: Bilder-Chronik, Sportblatt, Unterhaltungsblatt, Wirtschaft und Recht; Donnerstags: Illustriertes Sportblatt, Lehren und Lernen, Unterhaltungsblatt; Freitags: Illustrierte Woche-Chronik, Sportblatt, Unterhaltungsblatt; Sonnabends: Illustriertes Sportblatt, Frau und Welt, Unterhaltungsblatt.

Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32; Fernspr.: Nollendorf 4783-88. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32; Fernspr.: Nollendorf 5980-88. Postscheck: Berlin Nr. 107941.

Bezugspreis monatlich ℳ 12.—, morgens und abends frei ins Haus. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Fällen höherer Gewalt, Verbreitung oder Streik besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung des Bezugsgeldes. Anzeigen werden ohne Gewähr für Aufnahme in einer bestimmten Nummer oder Ausgabe angenommen. Abend-Ausgabe entgegengenommen bis 9 Uhr vormittags. Die 1 spaltige Nonpareille-Zeile im Anzeigenteil, bzw. ℳ 6.— für die 67 mm breite mm-Zeile im Reklameteil. Anzeigen in den illustrierten Beilagen werden nach besonderem Tarif berechnet.

Montag, 10. Oktober 1921

60. Jahrg.

Nr. 475 B 163

Tages-Spiegel.

Einer Hand-Meldung aus Genf zufolge wird der Völkerbundsrat erst Anfang nächster Woche von dem Gutachten über Oberschlesien Kenntnis nehmen können.

*

Der Deutsche Parlamentarische Verband in Prag sagte den Beschluß, daß sich die bürgerlichen Parteien wiederum an den Sitzungen der Nationalversammlung zu beteiligen haben.

*

Branting hat die Berufung zur Bildung des schwedischen Kabinetts angenommen.

*

In der Irischen See ereignete sich ein Dampferzusammenstoß. Drei Fahrgäste und dreizehn Mann der Besatzung werden vermißt.

*

Morgen beginnt in London die Konferenz mit den Vertretern der Simseiner.

Um Oberschlesien.

Die Reden Wirths und Briands.

In der laufenden Woche soll der Vierer-ausschuß des Völkerbundsrates, der sich mit der oberschlesischen Frage zu befassen hat, sein Gutachten bekanntgeben. Wie Briand und Lloyd George nach ihrer Zusammenkunft in Paris erklärt haben, wollen sie die Aufsicht der Genfer Kommission als bindende Richtlinie für die Regelung der oberschlesischen Frage betrachten. Für die gesamte Gestaltung der Zukunft, nicht etwa allein für die Bestimmung des Schicksals Deutschlands ist es ausschlaggebend, ob gemäß dem unzweideutigen Auftakt der Volksbefragung Oberschlesien bei Deutschland bleiben soll oder ob durch eine Zerreißung des Landes dessen wirtschaftliche Entwicklung für immer lahmgelegt werden soll. Was aus Genf über den voraussichtlichen Ausfall der Entscheidung verlautet, ist zunächst lediglich als Kombination zu werten, sei es, daß behauptet wird, das berüchtigte Sforza-Projekt werde in irgendeiner Form die Grundlage des Genfer Gutachtens bilden, sei es, daß man erklärt, aus gewissen strittigen Gebieten werde ein neutrales Staatsgebilde entstehen ohne Lebensfähigkeit, wie andere künstliche Produkte ähnlicher Natur, und daher ein ständiger Quell von Reibungen. Für das deutsche Volk kann es nur eine Frage der Entscheidung geben: ganz Oberschlesien muß ungeteilt auch weiterhin dem Verbande des Deutschen Reiches angehören.

Reichskanzler Wirth hat in Offenburg seinen Besorgnissen über das Schicksal Oberschlesiens Ausdruck gegeben und damit ganz Deutschland und der Seele gesprochen. Denn wohin sollte die Unterbindung des Friedens, die Verletzung der Unterhändler des Friedens, Clemenceau und Tardieu, ab. Briand drückte sein Vertrauen in der gegenwärtigen deutschen Regierung. In der Kammer wurde er dafür angegriffen haben. Wenn ein genialer Geist das Gegenteil bewies, alles besser zu machen, als er, so werde er ihm sofort den Platz räumen.

Er stehe nicht an seinen Posten,

aber bis zu diesem Beweise und solange er das Schiff noch nicht in sicheren Hafen habe, wolle er die Hand am Steuer behalten. Briand spricht alsdann von den Reformen, die vorgenommen werden müßten und von den Expressionen, die man zu machen beschlossen werde. Aber ein Staat könne nicht immer so handeln, wie Verbrecherorganen. Man müsse Arbeit schaffen, um die Zukunft sicherzustellen. Das Land verlange eine positive Politik und nicht eine Politik der Schwäche und schlechten Laune. Das sei vielleicht ein etwas vulgärer Ausdruck, aber er gebe seinen Gedanken richtig wieder. Die Kammer stimme ihm, wolle man sich die Ehren verdienen.

Der Krieg, der so viel Leid und Trauer gebracht habe, habe die Menschen geeint.

Einheit und Solidarität unter den Franzosen

gefordert. Der Krieg habe manche Gegensätze zwischen ihnen verwischt und Freundschaften geschaffen. Dahin müsse etwas zurückstehen. Die Republikaner, die regierten, könnten keine Politik der Parteipolitik treiben, sie müßten für alle Franzosen regieren. Diese Politik der Einheit und Sicherheit wolle die Regierung, die Frankreich seine Ehre und seine Allianzen geschaffen habe, heute bei Genf, sagte er, sie befolgen. Die unerhörenen jungen Abgeordneten sollten zu gewissen aufrührerischen Abgeordneten gewandt werden, die Frankreich beunruhigten. Die Regierung werde mit Unterstützung der Kammern einen Ausgleich zwischen den beiden Extremen schaffen. Frankreich werde das Frankreich des Friedens und der logischen Gerechtigkeit bleiben.

Ueber die oberschlesischen Fragen, die der Friedenssenerrat aufgeworfen habe, sagte er nach dem stenographischen Bericht, die Forderung an Deutschland habe, nachdem sie einmal festgestellt worden sei, einer Zahlung entsprochen, die alle Voraussetzungen überschreite. Die Zahlungsverpflichtung Deutschlands betrug

132 Milliarden Goldmark,

die habe zur Zeit der Festsetzung einer Summe von 250 Milliarden Papiermark entsprochen. Vor einem Monat sei sie auf 2000 Milliarden, heute auf 4000 Milliarden Papiermark angewachsen. So überlasse sich die Zahlungsunfähigkeitserklärung. Wie könne man da sagen, daß Frankreichs Forderung verstümmelt wurde? Die Wahrheit sei, daß die augenwärtige wirtschaftliche Abhängigkeit der Völker von einander die Notwendigkeit ergebe, die Schwankungen des Wechselkurses zu ertragen. Die Aktien, deren Wechselkurs am höchsten sei, landen in ihrem Reichtum selbst die Ursache der Verarmung, während Deutschland — das sei zwar paradox, weil es besten wenden sei, — gerade in dem schlechten Stand seiner Valuta die Bedingung finde, die seine wirtschaftliche Konkurrenz auf dem Weltmarkte begünstige. Angesichts einer solchen Tage müßten die Großindustriellen und die großen Finanzleute der Welt das Bedürfnis fühlen, solidarisch für sein im Interesse aller Länder, die den Krieg niemals wollten, Gleichgewicht wieder erlangen könnte, wenn die Weltsolidarität nicht hilfreiche Hand biete.

Saint Raisire, 10. Oktober. (T. U.) Im Laufe der Nacht verbreiteten sich aus Paris gewisse Royalisten beleidigende Plakate in der Stadt angeklebt. Außerdem sollten sie bei der Ankunft des Präsidenten manifestieren. Sie sind alle drei verhaftet worden. Vor dem Bankett von Briand eine Arbeiter-Demonstration empfangen, die ihm ihre Forderungen und Wünsche bekannt gab.

„Der Tiger schlägt den Adler."

Paris, 10. Oktober. (E. C.) In seiner Geburtsstadt Montlevon-les-Parcs wohnte Clemenceau dem Einweihungsfest eines Kriegerdenkmals bei, wobei er eine kurze Ansprache hielt, in der er zur Einigkeit mahnte. Dem Rathause seiner Vaterstadt schenkte Clemenceau ein ihm von der Stadt Paris gewidmetes Kunstwerk „Der Tiger schlägt den Adler". Bei dieser Ausstellung führte Clemenceau in einer Rede folgendes aus:

Im Laufe meines Lebens bin ich oft angegriffen worden, und ich habe es freilich ertragen. Als ich jung war, verabscheute ich die Tatsache nicht, denn auch sie haben ihre Reize. Aber auch der Friede des Herzens hat die seinen. Im Kriege ist lang, Ostenso, der kürzlich in der Angelegenheit des Attentäto-politischen Streitfalles nach Moskau abgereist war, ist wieder in Genf eingetroffen.

„Jede Teilung — ein Verbrechen."

London, 10. Oktober. (W. T. B.) Das Parlamentsmitglied Kennworthy schreibt in einem Briefe an die „Times", es scheine die Gefahr zu bestehen, daß die britische öffentliche Meinung, beschäftigt mit den irischen Verhandlungen, mit Washington, mit der Arbeitslosigkeit und mit den hohen Steuern, in ihrem Interesse für die ebenso wichtige oberschlesische Frage nachlasse. Dies würde bedeuten, daß Lloyd George und seine Kollegen ebenso das Interesse daran verlieren würden.

Kennworthy führt fort, das oberschlesische Problem sei heute ebenso wichtig, wie jedes andere Problem, denn von einer richtigen Lösung der oberschlesischen Frage hänge die wirtschaftliche Lage Europas ab und damit verknüpfte sich die Hoffnung auf ein Wiederaufleben des englischen Handels. Eine neues Eisenbahnlinien allein, aber das könnte hier mit ähnlichen Ergebnissen geschaffen werden. Es gehe das Gerücht, daß Oberschlesien jetzt noch geteilt werden solle und daß eine politische und eine wirtschaftliche Grenzlinie gezogen werden soll. Nichts sei weniger wahrscheinlicher. Jede Teilung Oberschlesiens würde ein wirtschaftliches Verbrechen sein nicht nur gegen die Provinz selbst und gegen Deutschland, sondern auch gegen Polen und das übrige Mitteleuropa. Das mindeste, was der Völkerbund tun könne, sei, die Bewohner Oberschlesiens erst zu befragen.

Oberschlesien sei der höchstentwickelte Industriebezirk Europas, es sei unteilbar wie das Werk einer Uhr. Die Mehrzahl der Bevölkerung sei gegen eine Teilung, sie wisse, daß sie den Ruin bedeuten würde.

Das Interesse der unglücklichen Bewohner müsse in Genf gegen werden, selbst vom Völkerbunde, in dem sie nicht vertreten seien. Eine wirkliche Abstimmung in Oberschlesien sei vorenommen worden unter der Bedingung, daß die Bevölkerung darüber abstimmen solle, ob die gesamte Provinz an Deutschland oder an Polen fallen solle. Die ganze Welt wisse, daß, wenn die Abstimmung eine polnische Mehrheit ergeben hätte, die gesamte Provinz an Polen gegeben worden wäre. Nicht fünf von Hundert der oberschlesischen Bevölkerung würden hierin Widerspruch erhoben haben. Wenn nun dann der Oberschlesier teile, müsse eine neue Abstimmung über die Frage der Teilung stattfinden. Wenn sich die Bevölkerung gegen eine Teilung erkläre, dann müsse unter deutscher Souveränität wie unter deutscher Souveränität bleiben. Dies sei zwar keine ideale Lösung, aber politisches Gelb, politische Arbeiterorganisationen (typ. deren Mangel) und polnische Unruhenherrscht auf der einen Seite der Grenzlinie und deutsches Gelb, deutsche Arbeiterorganisation und deutsche friedliche Tätigkeit auf der anderen Seite und dazwischen Zoll- und Paßschranken, bedeuteten den Ruin einer reichen Gebietes, das für Europa eine lebensnotwendigkeit sei.

Kennworthy schließt sein Schreiben mit den Worten: Die Welt braucht Frieden und Produktion, aber sie braucht auch noch mehr, nämlich einen wirklichen Frieden. Wenn man dem Völkerbund gestatte, in der oberschlesischen Frage einen Narren aus sich zu machen, dann würde er ebenso in Mißkredit kommen, wie der Oberste Rat.

Eine Absage an Polen.

1 Frankfurt a. M., 9. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Breslau wird der „Frankfurter Zeitung" gemeldet: Der leitende Herausgeber des polnisch-oberschlesischen „Oberschlesier", der Erbschleicher für Korfanty-Regierung", Konalski, erläßt in einem deutschfeindlichen Blatte eine Erklärung, in der er sich von den Polen lossagt und seine Erfahrungen im polnischen Lager in sehr trüber Weise schildert. Für Oberschlesien würde Polen kein besseres Schicksal bieten als die preußisch-deutsche Herrschaft der Bezirksregierung. Die Machenschaften Korfantys im Zusammenhang mit der polnischen Regierung in Warschau, in die Konalski durch Vertretung des früheren polnischen Ministerpräsidenten Witos Einsicht nehmen konnte, haben ihm den Eindruck gegeben, daß man Polen verderben wolle. Man Korfanty könne keine Rettung kommen und jeder ehrliche Oberschlesier müsse den Dienst der Polen quittieren.

Vor wichtigen Entscheidungen.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat in seiner Offenburger Rede große Besorgnis um das Schicksal Oberschlesiens geäußert. Für die ernste Auffassung der Lage spricht auch, daß der Kanzler bereits heute abend, nicht wie vorgesehen, erst morgen, in Berlin eintreffen wird, und daß am, mittelbar nach seinem Eintreffen wichtige Beratungen in Aussicht genommen sind.

Die heutigen Pariser Nachrichten über die bevorstehende Entscheidung bezüglich Oberschlesiens haben auch den Minister des Aeußeren, Dr. Rosen veranlaßt, den deutschen Botschafter in London, Sthamer zu sich zu berufen. Der Botschafter, der gestern in Berlin eingetroffen war, hat im Laufe des Tages mit dem Minister des Auswärtigen konferiert und ist dann am Abend nach London abgereist. In einer, in der Freitag-Abendausgabe veröffentlichten W. T. B.-Meldung hieß es, daß der Minister von Lucius am Freitag den amerikanischen und den italienischen Botschafter sowie den „deutschen Geschäftsträger" empfangen hat. Die plötzliche Rückkehr des Botschafters nach London läßt ebenfalls darauf schließen, daß wichtige Fragen zur Entscheidung reifen.

Unmittelbar nach der Rückkehr des Reichskanzlers von seiner Erholungsreise sollten Besprechungen der Regierung mit Vertretern der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft stattfinden, über die Ergebnisse der Reichskonferenz Gold und Devisen zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese Besprechungen sind, wie wir hören, vorläufig verschoben worden, da sie Beratungen auch mit den einzelnen Gruppen noch nicht abgeschlossen sind. Es ist anzunehmen, daß erst in den Besprechungen der Regierung mit den Vertretern der Industrie usw. der Plan der privaten Devisenbeschaffung eine bestimmte Form erhalten wird. Die sie heute im Reparationsausschusse des Reichswirtschaftsrats erwartete Regierungserklärung über die Frage der Devisenbeschaffung wird, wie verlautet, nicht erfolgen.

—r.

Kartoffelschieber im Rheinland.

Pa. Aus dem besetzten Gebiet wird uns gemeldet:

Es ist bekannt, daß die diesjährige Kartoffelernte gerade im Rheinland infolge der anhaltenden Trockenheit eine äußerst geringe ist. Schon in den besten Zahren betrug die im Rheinland erzeugte Kartoffelmenge bei weitem nicht aus, dies stark bevölkerte Gebiet aus der eigenen Erzeugung zu versorgen. Um so ungeheuerlicher ist es, daß Schiebersinnen den niedrigen Stand der deutschen Valuta benutzen, um größere Mengen Kartoffeln aus den besetzten rheinischen Gebieten nach Frankreich und Belgien auszuführen. Es handelt sich um zwei Firmen, die Firma Mrath & Co. in Aachen, die 200 t Kartoffeln nach Belgien und die Firma Hoffmann 250 t Kartoffeln nach Frankreich verschoben haben.

Beide Firmen hatten sich an die Custer Einund Ausfuhrstelle gewandt und ihre Ausfuhranträge ihre Ausfuhrbewilligungen erhalten. Es ist nun selbstverständlich, daß die Ernährung der rheinischen Bevölkerung wohler und eine ihrer wichtigsten Sorgen ist, die Frage der Zeitung sicherstellen. Wenn sich die Bevölkerung gegen eine Teilung erkläre, dann müsse unter deutscher Souveränität wie bleiben. Dies sei zwar keine ideale Lösung, aber politisches Gelb, politische Arbeiterorganisationen (typ. deren Mangel) und polnische Unruhenherrscht auf der einen Seite der Grenzlinie und deutsches Gelb, deutsche Arbeiterorganisation und deutsche friedliche Tätigkeit auf der anderen Seite und dazwischen Zoll- und Paßschranken, bedeuteten den Ruin einer reichen Gebietes, das für Europa eine lebensnotwendigkeit sei.

Kennworthy schließt sein Schreiben mit den Worten: Die Welt braucht Frieden und Produktion, aber sie braucht auch noch mehr, nämlich einen wirklichen Frieden. Wenn man dem Völkerbund gestatte, in der oberschlesischen Frage einen Narren aus sich zu machen, dann würde er ebenso in Mißkredit kommen, wie der Oberste Rat.

Eine Absage an Polen.

1 Frankfurt a. M., 9. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Breslau wird der „Frankfurter Zeitung" gemeldet: Der leitende Herausgeber des polnisch-oberschlesischen „Oberschlesier", der Erbschleicher für Korfanty-Regierung", Konalski, erläßt in einem deutschfeindlichen Blatte eine Erklärung, in der er sich von den Polen lossagt und seine Erfahrungen im polnischen Lager in sehr trüber Weise schildert. Für Oberschlesien würde Polen kein besseres Schicksal bieten als die preußisch-deutsche Herrschaft der Bezirksregierung. Die Machenschaften Korfantys im Zusammenhang mit der polnischen Regierung in Warschau, in die Konalski durch Vertretung des früheren polnischen Ministerpräsidenten Witos Einsicht nehmen konnte, haben ihm den Eindruck gegeben, daß man Polen verderben wolle. Man Korfanty könne keine Rettung kommen und jeder ehrliche Oberschlesier müsse den Dienst der Polen quittieren.

Neue Schwierigkeiten in der oberschlesischen Frage.

Verzögerung des Gutachtens.

Paris, 9. Oktober. (W. T. B.)

Havas meldet aus Genf, der Völkerbundsrat sei noch nicht in der Lage, sein Gutachten über die oberschlesische Frage abzugeben. Die Schlußfolgerungen der vier nicht ständigen Mitglieder, die mit der Prüfung der Frage beauftragt seien, seien dem Völkerbundsrat noch nicht unterbreitet worden. Er werde erst Anfang nächster Woche in einer Vollsitzung davon Kenntnis nehmen.

Den „New York Herald" wird aus Genf über die ins Auge gefaßte und zum Gegenstand einer scharfen Erörterung gewordene Lösung der oberschlesischen Frage berichtet, sie enthalte nicht nur gewisse Abänderungen der Sforza-Linie, sondern auch der Vorschlag, eine dreigliedrige Kommission unter dem Völkerbund einzusetzen, die einzige wirtschaftliche Streitgebiet beilegen solle. Diese Kommission würde keine Verwaltungsbefugnisse haben wie die Saarkommission, sondern lediglich Streitgebiete zwischen den deutschen und den polnischen Genehmigungen beherrschen und den vorgeschlagenen Linie regeln, deren Wirtschaftsleben in gegenseitiger Abhängigkeit stehe. Die Kommission solle zusammengesetzt sein aus einem Deutschen, einem Polen und einem Neutralen. Der Gedanke sei von dem belgischen Delegierten Hymans ausgegangen und schließlich von seinen Kollegen gebilligt worden. Im einzelnen seien die Befugnisse der Kommission gegenwärtig Gegenstand der Kontroverse unter den Mächten.

Absinderungen verlangt.

Nach einem Bericht des Genfer Korrespondenten des „New York Herald" liegt die Entscheidung des Völkerbundsrates in der oberschlesischen Frage den Mächten bereits vor. Diese hätten sich jedoch geweigert, ihren Vertretern im Völkerbundsrat deren Billigung zu geben, falls gewisse Abänderungen getroffen würden. Es verlaute, daß ein nichteuropäisches Mitglied des Völkerbundsrates gedroht habe, sich von der ganzen Angelegenheit zurückzuziehen. Der Völkerbundsrat halte jetzt nur noch zum Schein Sitzungen ab. Ingwischen würden seitens der Mächte die Geheimverhandlungen über die vorgeschlagene Lösung fortgeführt.

Ein Einspruch Englands?

Zu dieser Meldung schreibt der „Eclair", wenn sie wahr sei, dann handele es sich um eine schwere Unterretheit, die dem Schiedsspruch sehr Eintrag tun könnte. Die Wirkung dieser Unkorrektheit habe sich bald gezeigt, denn eine oder mehrere der Regierungen, die im Obersten Rat vertreten seien, hätten sich geweigert, ihren Völkerbundsrat Instruktionen gegeben, damit die Zustimmung zum Entwurf, der einstimmig angenommen worden sei, erteilt werde. Es handele sich, wie gewisse bereits im Gange befindliche Verhandlungen „Couloirs" ergeben hätten, daß sie Europa eine lebensnotwendigkeit sei.

Keine Truppenverstärkungen.

Wie „Chicago Tribune" meldet, haben in der gestrigen Sitzung der Botschafterkonferenz die Vertreter von England und Italien die Ansicht vertreten, daß die gegenwärtig in Oberschlesien befindlichen Truppen nicht genug sein, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde sei auch kein Beschluß gefaßt worden.

Genf, 9. Oktober. (W. T. B.) Der erste polnische Delegierte bei der Völkerbundsversammlung, Sokolnicki, hat gestern eine Unterredung mit dem Schweizer Bundesrat Motta gehabt, der sich mit der oberschlesischen Frage befaßte. Sokolnicki hat sich dann nach Paris begeben.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Gegen die Sanktionen — für ein deutsches Oberschlesien.

Drahtmeldung.

Offenburg, 9. Oktober. (W. T. B.)

Anläßlich des 25jährigen Jubiläumsfestes des Mattenschen Arbeitervereins Offenburg hielt der Reichskanzler Dr. Wirth eine Rede, in der er u. a. sagte:

Ich gehöre nicht zu denen, die den Begriff der Arbeitsmüdigkeit kennen; wir wollen auch, wenn sich die schweren Wogen hoch auftürmen, niemals verzagen. Wir müssen aus große Zurückhaltung aufsetzen, denn wir dürfen nicht vergessen, daß die Völker um uns noch immer uns mit starkem Haß verfolgen. Wir müssen zeigen, daß wir es mit dem

Wiederaufbau

ernst nehmen, und nun, was in unseren Kräften steht, um zu diesem Werk beizutragen. Ein Volk, das den ernsten Willen zeigt, ein Volk, das aufrichtig ist, und eine Reichsregierung, auf deren Wort man unbedingt trauen kann, werden uns das Vertrauen der Welt wieder erwerben. Hier und da haben wir bereits Vertrauen gefunden. Die große

wirtschaftliche Krise,

die die Welt durchlebt, wird die schwierigsten Probleme aufwerfen. Man denke nur an die vielen Millionen Arbeitslose, die in England und Amerika existieren. Also nicht nur wir, sondern auch die Länder, die ja den Siegern zählen, haben mit großen Sorgen zu kämpfen; wir haben zwar den Frieden, aber nicht den wahren wirtschaftlichen Frieden.

Der Reichskanzler sprach sodann von den

Sanktionen

am Rhein und sagte: Besonders die militärischen Sanktionen haben wir immer als Unrecht empfunden und wurden sie auch weiterhin als Unrecht empfinden. Wir haben alles getan, was wir zu erfüllen hatten, was uns gesetzt war als Bedingung für die Aufhebung der Sanktionen. Jetzt müßten auch die Alliierten mit derselben Pünktlichkeit für die Aufhebung der militärischen Sanktionen noch nicht aufgehoben hätten. Aber er hoffe, daß der Tag nicht mehr fern sei, wo der Krieg aufhöre, wo doch kann alle verschiedenen Menschen sich an einen Tisch zusammensetzen werden, um zu beraten, wie die drohenden wirtschaftlichen Krise in der ganzen Welt entgegengewirkt werden könne.

Der Reichskanzler kam dann auf die

oberschlesische Frage

zu sprechen und sagte dabei etwa: Ich bin sehr besorgt um das Schicksal dieses Landes. Ich weiß nicht, ob ein Gleichgewichtszustand bei den Alliierten eingetreten ist oder ob man etwa Ruhe herstellen, ein neues Land im Osten zu konstruieren, der das in Deutschland noch nach Jahrzehnten getrauert werden würde. Heute noch wäre eine Besinnung mit den polnischen Volke möglich. Ich denke, daß auch bei jedem Deutschen Gegner die Gefühl verbindet und das polnische Volk geht dazu über, sich mit dem deutschen Volk zu verfeinden, nachdem es sich die Russen zu Todfeinden gemacht hat und obwohl in Litauen und Galizien der Kampf noch nicht abgeschlossen ist. Soll zwischen das deutsche Volk und das polnische Volk ein verpestender politischer Leichnam gelegt werden? Der Gedanke an eine kleine Konstruktion sollte die Polister aller Länder abhalten, den Schritt zu tun, dem deutschen Volke deutsches Land, das jahrhundertelang zu uns gehört hat, durch ein Diktat zu zanken. Das deutsche Volk weiß nichts Aeußeres über die Stimmung im Völkerbundsrat, aber entsinnte man Deutschland nicht! Gerade nicht um des demokratischen Prinzips in Europa willen. Das deutsche Volk, das guten Willens ist, ein Reich der Freiheit und Gerechtigkeit, ein Reich des Friedens mit allen Völkern mit eigener Hand unter großen Opfern aufgebaut, darf nicht entbunden werden. Eine Entäußerung wäre schmerzlich nicht nur für die Führung der Politik und ihre großen Ziele der Völkerverständigung und Völkerversöhnung, nicht allein um der deutschen Regierung willen, nein, um des Schicksals Europas willen. Um des Schicksals insbesondere des arbeitenden deutschen Volkes willen ist eine gerechte, eine kreisschauende, eine ihrer Bedeutung angemessene Entscheidung in Oberschlesien im und eine bedeutsame.

Der Reichskanzler forderte schließlich zur Einigkeit auf und warnte eindringlich davor, das deutsche Volk in zwei Lager zu spalten. Nun die

Zusammenziehung aller Kräfte,

auch des Besitzes, könne und wieder aufwärts führen auf dem Wege, den die christlichgesinnte Arbeiterschaft habe und auch den Ende punkt gekrönt werde von dem Zeichen der Erlösung. Der Reichskanzler forderte auch die Verhandlungen mit den Vertretern der Industrie, des Handels und der Banken, wobei er seinen Antrieb dahin Ausdruck gab, daß er durchaus damit einverstanden sei, daß jene Kreise, die den deutschen Volke helfen wollten, auch mit die Verantwortung trügen an der Führung der Regierungsgeschäfte. Aber täuschen dürfe man das deutsche Volk nicht. Das Angebot müsse Wirklichkeit werden. Das deutsche Volk sei zu retten, wenn es sich selbst nicht aufgebe; wenn es auf Gott vertraue, wenn es redlich und verständnisvoll weiter strebe, werde auch uns wieder ein Tag des Friedens und der Freiheit, ein Tag des Wohlergehens beschieden sein.

*

Der Reichskanzler hat seinen Urlaub abgebrochen und kehrt heute abend nach Berlin zurück.

Kabinett Branting in Schweden.

Stockholm, 9. Oktober. (W. T. B.) Nach Verhandlungen der verschiedenen Möglichkeiten, eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage zustandezubringen, hat der König heute Branting ersucht, das Kabinett zu bilden. Branting hat den Auftrag angenommen.

Kriegskinder aus Schweden zurück.

Stockholm, 9. Oktober. (W. T. B.) Morgen geht der letzte Rücktransport von deutschen und österreichischen Kriegskindern, etwa 500 an Zahl, von hier ab. Hiermit ist die schwedische Fürsorge für die Kriegskinder beendet.